

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

19.2.1929 (No. 42)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amund,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Sonntags 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abart, der als Kassenabart gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konfiskation fällt der Verlag für die Zeitung, die in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. - Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortlichkeit für irgendwelche Beschlüsse übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Pariser Schuldenkonferenz
Um die Arbeitsmethode

Die Sachverständigen haben Montag vormittag in Paris ihre Arbeiten wieder aufgenommen und noch eine Reihe von Fragen behandelt, die zum Thema der vorigen Woche, das heißt der deutschen Lage im allgemeinen und der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz im besonderen gehören. Am Nachmittag fand keine Sitzung statt, da im kleineren Kreis Beratungen über die in dieser Woche anzuwendende Arbeitsweise abgehalten wurden.
Wasas berichtet, es handele sich darum, die beste Arbeitsmethode festzustellen, so z. B. um die Frage, ob der Ausschuss täglich eine Vollziehung abhalten oder ob er sich in Unterabschüssen teilen solle. In der Vollziehung am heutigen Dienstag will der Ausschuss endgültig das Verfahren der späteren Verhandlungen festlegen.
Zwei Mitglieder des Ausschusses sollen ein konkretes Programm für die weiteren Diskussionen vorschlagen. Das Programm dürfte sich zunächst erstrecken auf die Frage, welche Möglichkeiten für die Verbesserung der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz bestehen. Die entsprechenden Vorschläge sollen sich nicht nur auf das bevorstehende Jahr, sondern auf eine gewisse Zukunft erstrecken. Der mit den Vorbereitungen dieses Diskussionsprogramms betrauten Delegierten soll bei ihren Arbeiten volle Freiheit gelassen werden. Sie haben keinerlei Direktiven erhalten.

Französische Meldungen

W.D. Paris, 19. Febr. (Tel.) Über den Verlauf der gestrigen Debatte im Sachverständigenausschuss glaubt „Echo de Paris“ berichten zu können, Dr. Schacht sei zweifelsohne der Ansicht gewesen, daß seine bisherigen Darlegungen seine Kollegen nicht überzeugt hätten. Daher sei er auf verschiedene von ihm bereits behandelte Punkte zurückgekommen, namentlich auf den Außenhandel Deutschlands. Er habe nochmals betont, daß ohne eine Artie Handelsbilanz die deutsche Wirtschaft unmöglich die Reparationslasten tragen könne. Unter diesen Umständen habe sich die Frage erhoben, ob es angebracht sei, die theoretische Debatte als endgültig geschlossen anzusehen und unbenutzlich die Generaldiskussion zu eröffnen, auf die Gefahr hin, die Erfolgsaussichten zu verringern dadurch, daß rasch tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen Delegationen zum Vorschein kommen, oder ob es nicht vielmehr angebracht sei, die bereits behandelten Punkte wieder aufzunehmen und Unterabschüssen zur Prüfung zu überweisen, da in diesen Unterabschüssen eine längere Fühlungnahme die ursprünglichen Meinungsverschiedenheiten würde mildern können. Der Streit sei sehr ernst gewesen, die Experten hätten ihn nicht leichtfertig lösen wollen. Sie hätten daher 2 ihrer Mitglieder, Sir Josiah Stamp und Dr. Schacht, beauftragt, die Frage zu prüfen und ihnen heute vormittag einen Bericht zu unterbreiten.

Nach dem „Matin“ soll die Initiative, Unterabschüsse zu bilden, auf Dr. Schacht zurückgehen. Die amerikanischen Sachverständigen hätten ihm zwar entgegengehalten, daß bei der Arbeit von Unterabschüssen sich nichts Neues ergeben könne, und daß es wohl besser wäre, ohne weiteres den Hauptgegenstand in Angriff zu nehmen, aber auf Dr. Schachts Drängen habe der Ausschuss schließlich beschlossen, ihn und Sir Josiah Stamp zu beauftragen, zu untersuchen, welche Vorteile sich aus der Bildung von sogenannten Unterabschüssen ergeben würden. Beide hätten im Laufe des gestrigen Nachmittags mit den verschiedenen Delegationen wegen des für und Wider Fühlung genommen. Am Abend sei man in gewissen Kreisen für die sofortige Eröffnung der Hauptdiskussion gewesen.

Das amerikanische Handelsamt über die Wirtschaftslage Deutschlands

W.D. Washington, 19. Febr. (Tel.) Das Handelsamt veröffentlicht den Jahresbericht des amerikanischen Handelsattachés in Berlin vom 8. Februar, von dem ein kurzer Auszug bereits am 15. Februar bekannt wurde, nunmehr ausführlicher. Es heißt darin u. a.: Das Hauptproblem für die deutsche Wirtschaftswelt seien nach wie vor die hohen Kosten der Beschaffung von Kapital für Industriezwecke. Bei vielen Industrien übersteige außerdem die Produktionsfähigkeit den Weltbedarf. Deutschland müsse eine Reorganisation verschiedener Zweige seiner Ausfuhrindustrie in dem Sinne vornehmen, daß leichter im Ausland verkäufliche Artikel hergestellt würden. Die Schwerindustrie leide besonders unter den Steuern, den hohen Zinsen, der ungenügenden Nachfrage im Inland und dem Drängen nach Kostensenkung. Auch die Automobilindustrie sei offenbar nicht in der Lage, ihre Preise auf die für den Absatz notwendige Höhe herabzudrücken und dabei noch einen Gewinn zu sichern.

Schlesisch-slowakisches Pachtgelände in Hamburg und Stettin. In Prag ist nunmehr eine Vereinbarung über die Durchführung der Art. 366 64 des Versailler Vertrages, betreffend das schlesisch-slowakische Pachtgelände in Hamburg und Stettin, unterzeichnet worden. Beide Regierungen werden jetzt Schritte tun, damit der vorgesehene, aus einem deutschen, einem schlesisch-slowakischen und einem britischen Mitglied bestehenden Ausschuss zusammentritt, um die endgültige Entscheidung in der Angelegenheit zu treffen.

Eisenbahnerstreik in Rhodestien. Infolge Streiks der Eisenbahner ist der ganze Eisenbahnverkehr in Rhodestien (Südafrika) eingestellt worden.

In einem Nachschuß in Paris wurden heute nacht elf Personen durch austretende Gase, die auf Kohlenrauch zurückzuführen waren, getötet.

Beim Einsturz einer Kaserne in Monterey (Mexiko) wurden neben Soldaten getötet und etwa 12 verletzt.

Letzte Nachrichten

Die Wetterlage im In- und Ausland

Weiter Frostwetter
W.D. Berlin, 19. Febr. (Tel.) In Ostdeutschland hat sich das Wetter aufgehellt und der Frost verschärft. Königsberg hatte heute früh 20 Grad Kälte. In Berlin sank das Quecksilber nachts bis auf -11 Grad. Auch im Nordwesten Deutschlands ist es kalt geblieben, dagegen im Südwesten eine merkliche Milderung zu verzeichnen. Dort hat bereits gestern nachmittag die Bewölkung zugenommen; es sind einzelne leichte Schneefälle vorgekommen und die Morgentemperaturen liegen nur zwischen 6 und 8 Grad unter Null. Die Wetterlage zeigt eine Ausdehnung des nordöstlichen Hochdruckgebietes zum Südwesten hin, wodurch die Aufhellung Fortschritte machen wird. Wir müssen somit in ganz Ost- und Norddeutschland mit weiterer Verschärfung der Kälte rechnen. In Südwestdeutschland wird es anfangs noch zu einzelnen leichten Schneefällen kommen, dann aber werden auch dort die Temperaturen wieder sinken.
In Frankreich hat sich die Kälte auch wieder verschärft. England weist gegen gestern nur geringe Temperaturunterschiede auf. Im allgemeinen ist es dort etwas milder geworden. Nord- und Osteuropa zeigen immer noch das gleiche Bild: scharfe Kälte.

„Volonté“ über die polnische Minderheitenpolitik

W.D. Paris, 19. Febr. (Tel.) „Volonté“ widmet dem deutsch-polnischen Gegenstand in der Minderheitenfrage einen Artikel, in dem das radikale Blatt die Frage anders beurteilt, als die meisten übrigen französischen Zeitungen. Es schreibt:

Die Warschauer Regierung, wie alle Regierungen, die nicht einer frei ausgeübten parlamentarischen Kontrolle unterworfen sind, begeht jeden Augenblick den Fehler, die deutschen Minderheiten in Polen durch willkürliche Maßnahmen zu reizen. Antirisch haben diese ungeschickten Gesten ihre Rückwirkungen in Deutschland. In dem Artikel heißt es dann weiter: Bereits mehrfach sei in der „Volonté“ betont worden, daß trotz der in der Ara des nationalen Volkes zu leidenschaftig abgeklärten Abkommen zwischen Frankreich und Polen die öffentliche Meinung in Frankreich keineswegs dem Verbündeten im Osten in seiner Politik der Provokation und Unterdrückung der Minderheiten zu folgen gedenke. Mehrfach habe der Quai d'Orsay sogar Warschau mit der gebotenen Disziplin aufgefordert, nicht in seiner antideutschen Aktion zu beharren, die Frankreich niemals unterstützen würde. Aber der Nationalismus der jungen Wölfer sei unerbittlich, und wenn er durch ein Diktatoratregime belebt werde, werde er noch unerträglich.

Das Rücktrittsgeheimnis des polnischen Finanzministers

W.D. Warschau, 19. Febr. (Tel.) Die Regierung hat beschlossen, das Rücktrittsgeheimnis, das Finanzminister Gachowicz eingeleitet hatte, da die Opposition ihn wegen der Budgetüberschreitungen im Finanzjahr 1927/28 angegriffen hat, nicht anzunehmen, weil sie mit der Politik des Ministers einverstanden sei.

Die Russlandreise der britischen Handelsdelegation

W.D. London, 19. Febr. (Tel.) „Daily Telegraph“ meldet, daß die Abreise der privaten britischen Handelsdelegation nach Russland, die auf den 8. März angesetzt war, aufgeschoben worden sei. Der Aufschub sei nicht auf eine ernste Schwierigkeit zurückzuführen, sondern hänge mit Fragen der Organisation der Reise zusammen. Das Blatt fügt hinzu, der Sekretär des englisch-russischen parlamentarischen Ausschusses, Gantes, habe gestern mitgeteilt, daß die Einfuhr russischer Holz nach Großbritannien in diesem Jahre ein Drittel der gesamten Holzeinfuhr ausmachen dürfte.

Strafantrag im Rumbunt-Entführungprozess

W.D. Berlin, 19. Febr. (Tel.) In dem Prozeß gegen die drei Entführer des Rumbunt-Redakteurs Schwarz vor seinem Rumbuntvortrag beantragte am Dienstag der Staatsanwalt wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gegen jeden der drei Angeklagten, Scherlinski, Reute und Dr. Frank, eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten, gegen Scherlinski und Dr. Frank außerdem wegen unbefugten Waffenbesitzes je 25 RM Geldstrafe.

Der polnische Ministerpräsident Bartel wird sich am 26. Februar in Begleitung des Verkehrsministers und einer Reihe höherer Beamten verschiedener Ministerien nach Danzig begeben, um dem Senat der Freien Stadt einen offiziellen Besuch abzulassen. Der Ministerpräsident wird sich zwei Tage in Danzig aufhalten.

Der Stabschef der Armee des irischen Freistaats, General Daniel Hogan, ist zurückgetreten.

„Brotbäcker“ in Russland. Zur Verteilung des Brotes wurden nun außer in Moskau und Leningrad auch in anderen größeren Städten der Sowjetunion „Brotbäcker“ eingeführt.

Der Fluß Tieté, ein Nebenfluß des Parana, ist im Herzen des brasilianischen Kaffeegebietes über die Ufer getreten und hat das Land meilenweit überschwemmt. 6000 Häuser stehen unter Wasser und 25 000 Personen sind obdachlos. Die Überschwemmung ist die größte seit 40 Jahren.

* Neue Koalitionsversuche

Als in der vorvorigen Woche das Zentrum in aller Form aus der Reichsregierung ausschied, blieb das Stabnetz als Kumpfkabinett zusammen, um eine Regierungskrisis zu verhindern. Eine solche Krisis mußte verhindert werden, weil die Tagung des Sachverständigenausschusses unmittelbar bevorstand. Andererseits hat sich jeder besonnenen Politiker wohl schon damals gesagt, daß der durch das Ausscheiden des Zentrums geschaffene Zustand nur kurze Zeit dauern und baldigst durch die Schaffung wirklich stabiler Mehrheitsverhältnisse beendet werden müsse.

Wenn damals in einzelnen Zentrumsblättern die Meinung geäußert wurde, daß Deutsche Volkspartei, Demokraten und bis zu einem gewissen Grade auch die Sozialdemokraten die Absicht gehabt hätten, einmal zu zeigen, daß man auch ohne das Zentrum regieren könne, dann war diese Meinung sicherlich irrig. Wir können uns nicht denken, daß irgendein verantwortlicher Führer der drei genannten Parteien Freude über den Austritt des Zentrums empfunden hat. Als dann von autoritativer Zentrumsseite mitgeteilt wurde, daß das Zentrum im Verlauf der Verhandlungen seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gegeben habe, auf einen Ministerposten im preussischen Kabinett zugunsten der Deutschen Volkspartei zu verzichten, und sich weiterhin herausstellte, daß diese Willensbekundung ihr Ziel nicht erreichte und deshalb wirkungslos blieb, konnte man aus der ganzen Art und Weise, wie dieses unangenehme Mißverständnis in der Presse der übrigen Koalitionsparteien behandelt wurde, klar erkennen, wie ungern man es zu einer Komplifikation hatte kommen lassen, und wie sehr man die ganze Entwicklung der Dinge bedauerte.

Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Koalitionsparteien des Kumpfkabinetts, die vor allem durch außenpolitische Rücksichten zusammengehalten werden, von der jetzigen Situation auch nur im mindesten erbaut sind. Da zudem, wie die demokratische „Frankfurter Zeitung“ heute schreibt, das Zentrum nicht daran denkt, die Aufgabe eines Kabinetts, dem es nicht angehört, zu erleichtern, „droht der Reichsregierung in näherer oder fernterer Zeit eine Art Erschlaffungstod“. Es gelte somit, den Verfall der Kräfte, der durch nutzloses Abwägen mit einer unlöslichen Aufgabe und durch täglichen parlamentarischen Kleinkrieg notwendigerweise erfolgen müsse, dadurch vorzubeugen, daß man eine arbeitsfähige Parlamentsmehrheit zusammenbringt.

Nach Ansicht der „Frankfurter Zeitung“ wäre das Organ dafür ein interfraktioneller Ausschuss, „der an der Seite der Regierung die Fraktionen in Reich und Glied zu stellen und ihnen auch die nötigen Bindungen aufzuerlegen hätte“. Voraussetzung dafür ist und bleibt natürlich die Zuweisung von drei Ministerposten im Reichskabinett an das Zentrum und die Bildung der Großen Koalition in Preußen. Wir sind der Meinung, daß dann, wenn diese Fragen erledigt sind, der interfraktionelle Ausschuss nicht mehr nötig sein werde. Wenn man so will, ist ja das von den Regierungsparteien jeweils gebildete Kabinett nichts, anderes als ein derartiger Ausschuss.

Das Zentrum ist, wie sich aus der letzten Rede des Reichskanzlers a. D. Dr. Marx und aus einem Artikel der „Germania“ ergibt, zu einer erneuten Fühlungnahme bereit, falls auf der andern Seite das Bedürfnis dazu besteht. Eine solche persönliche Fühlungnahme hat dieser Lage stattgefunden, als Dr. Strefemann und Prälat Dr. Haas sich eingehend über das ganze Problem unterhielten.

Wie vermutet wird, hat sich die Zentrumsparlei bei den Entschlüssen der letzten Zeit wohl auch von der Erwägung leiten lassen, daß ihr als Partei die dauernde Mitarbeit an der Regierung nicht immer gut bekommen ist. Aber die Erkenntnis, daß wirklich ernstliche Einbußen an Macht und Einfluß bei den Wählern durch diese Mitarbeit schließlich doch nicht hervorgerufen wurden, und weiter die Überzeugung, daß der letzte Kölner Parteitag im großen und ganzen außerordentlich stark auf das Gefüge der Partei eingewirkt hat, werden sicherlich die Neigung zu neuer verantwortlicher Mitarbeit fördern. Allerdings nur unter der Bedingung, daß der Zentrumsparlei der geforderte Einfluß im Kabinett eingeräumt wird.

Es ist zu hoffen, daß man auch in Preußen die durch die außenpolitischen Verhältnisse und durch die wirt.

schonliche Not im Innern gebotene Stabilisierung der Koalitionsverhältnisse im Reich verständnisvoll unterstützt und die Dinge nicht allein unter dem Gesichtswinkel der preussischen Politik betrachtet. Jedenfalls kann und darf die jetzige Situation im Reich nicht auf die Dauer so bleiben. Erprobliche Arbeit ließe sich dabei doch nicht verrichten.

Aus dem Reichstag

Die Kleinrentnerfrage — Fürsorge oder Rechtsanspruch? — Maßnahmen gegen den Kommunikerabau

Die Kleinrentnerfrage beschäftigte den Reichstag in seiner Sitzung am Montag. Das Kleinrentnerproblem gehört zu denen, die mit parteipolitischen Programmen wirklich nichts zu tun haben. In den vielen Jahren, in denen sich die einzelnen Parteien mit seiner Lösung beschäftigten, hat sich aber im Wettbewerb um die Gunst der immerhin als Wähler bedeutsamen verarmten Existenzen, Zündstoff zwischen den Parteien angesammelt, der jedesmal zur Entladung kommt, wenn die Not der Kleinrentner zur Erörterung kommt. In der Montagssitzung war es nicht anders als früher. Der Sozialpolitische Ausschuss, der sich mit den verschiedenen zu dieser Frage gestellten Anträgen zu beschäftigen hatte, unterbreitete dem Reichstag eine Entscheidung, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, eine reichsgesetzliche Regelung zur Verbesserung der Kleinrentnerfürsorge hinsichtlich des Personenzweises, der Voraussetzungen und der Höhe der Leistungen und der Mitwirkung der beteiligten Organisationen zu treffen.

Reichsarbeitsminister Wiskell erklärte sich mit dieser Entscheidung durchaus einverstanden und teilte mit, daß die Regierung bereits eine Vorlage in diesem Sinne vorbereitet habe und mit tunlichster Beschleunigung vorlegen werde. Er meinte, daß die Ausschussentscheidung sich durchaus mit der von der jetzigen Regierung bei ihrem Amtsantritt abgegebenen Erklärung decke, daß die Fürsorge für die Kleinrentner auf eine von dem Ermessen der öffentlichen Fürsorgestellen unabhängige gesetzliche Grundlage gestellt werden müsse.

Mit dieser Auslegung der Regierungserklärung stieß der Minister auf den Widerspruch der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und Demokraten, deren Redner erklärten, sie hätten in der Regierungserklärung die Ankündigung einer Vorlage erblickt, die den Kleinrentnern einen Rechtsanspruch auf Versorgung an Stelle der jetzigen Fürsorge bringen sollte. Entsprechende Anträge lagen auch von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei vor. Die Deutschnationalen hatten dabei im wesentlichen die Forderungen des früher von den Demokraten eingebrachten Gesetzesentwurfs übernommen.

Auf den Standpunkt der Regierung und der Ausschussentscheidung, daß nämlich an der Fürsorge im Gegensatz zum Versorgungsrecht festgehalten werden solle, stellten sich die Redner der Sozialdemokraten und des Zentrums, die den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei den Vorwurf machten, daß sie mit ihren Anträgen den Kleinrentnern unerfüllbare Versprechungen machen, die sie selbst nicht erfüllt hätten, als sie in der Regierung saßen. Hier war also einmal das eben aus der Regierung ausgeschiedene Zentrum regierungsfreundlicher, als andere noch in der Regierung vertretenen Parteien. Sozialdemokraten und Zentrum erklärten, sie würden der volksparteilichen Entscheidung, die einen Rechtsanspruch auf Versorgung verlangt, nur zustimmen, wenn zur Deduktion eine Sondersteuer auf die Inflationsgewinne gelegt werde.

Die Beratung soll am heutigen Dienstag, 15 Uhr, fortgesetzt werden. Heute wird auch die dritte Beratung über die Verlängerung des Weistbegründungsvertrages mit Paraguay bis zum 31. Juli d. J. erfolgen, der gestern in zweiter Beratung zugestimmt wurde.

Inzwischen wird der Kampf des Präsidiums gegen die kommunistischen Störungsversuche fortgesetzt. Bei Beginn der Montagssitzung erklärte Präsident Loh, daß ein Zusammenhang der jüngsten Radausgabe auf der Publikumstribüne mit der kommunistischen Reichstagsfraktion festgestellt worden sei. Er werde am Dienstag dem Ältestenrat Sicherungsmaßnahmen gegen die Wiederholung solcher Szenen vorschlagen.

Der Ältestenrat des Reichstags beschloß, daß am Mittwoch und Donnerstag vom Reichstag die Sicherheitsverhältnisse auf der Reichsbahn behandelt werden sollen. Dazu wird die Regierung eine Erklärung abgeben. Am Freitag soll die kommunistische Interpellation über die an eine englische Zeitschrift verratene Denkschrift des Reichswehrministers wegen des Panzerkreuzerbaues beraten werden. Am Freitag wird der Ältestenrat neue Dispositionen für die weiteren Arbeiten des Reichstags treffen. Nach längerer Aussprache billigte der Ältestenrat ferner die vom Präsidenten getroffenen Ordnungsmagnahmen.

Ausstellungen der Mannheimer Kunsthalle im Jahre 1929

Die Städt. Kunsthalle in Mannheim plant für das Jahr 1929 eine Reihe von großen Ausstellungen.

Im Mai legt das Graphische Kabinett unter dem Titel „Das graphische Kabinett — 20 Jahre sammlerische Tätigkeit“ Rechenschaft über seine gesamte Tätigkeit seit seiner Gründung im Jahre 1909 ab. Diese Ausstellung soll einen großen Teil der Bestände des Kabinetts zum ersten Male der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Sammlung umfaßt: Graphik, Sandzeichnungen und Aquarelle aus dem 19. und 20. Jahrhundert von der Romantik bis zur jüngsten Gegenwart. Im Mai folgt die große Ausstellung „Badisches Kunstschaffen der Gegenwart“ (Neues Schaffen auf dem Gebiet der Malerei, Graphik, Plastik, Architektur, sowie des Kunstgewerbes in Baden). Die Ausstellung muß aus räumlichen Gründen in zwei Teile geteilt werden, deren erster Teil Malerei, Graphik und Plastik umfaßt, von Mai bis Juni und deren zweiter Teil Architektur, Kunsthandwerk und Kunstgewerbe von Juli bis September gezeigt werden wird.

Für den Spätherbst und Winter sind in der Kunsthalle weitere Ausstellungen geplant; eine davon soll der französischen Malerei seit dem Impressionismus und eine andere der österreichischen Kunst seit dem Kriege gewidmet sein. In der Schloßgalerie findet im Mai eine Ausstellung von Reproduktionen statt mit dem Titel „Was Mannheim verlor“. Hier soll einmal ein Überblick gegeben werden über die Kunstwerke, die das Mannheimer Schloß früher besaßen hat und die beim Wegzug des kurfürstlichen Hofes größtenteils nach München gewandert sind; eine Reihe der Gemälde von Rembrandt und Rubens, die heute in der Münchener Pinakothek hängen, sind früher Besitz des Mannheimer Schloßes gewesen. Die Ausstellung wird einen interessanten Einblick in die Mannheimer Stadtgeschichte gewähren.

Ein knapper Sieg Poincarés

Eine neue Gefahr

Bei der Abstimmung über den sozialistischen Antrag auf Einbringung eines Amnestiegesetzes, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, haben in der französischen Kammer am Montag 296 Abgeordnete gegen den Antrag — also für die Regierung — gestimmt. Die 256 Abgeordneten, die für den Antrag — also gegen die Regierung — gestimmt haben, verteilen sich wie folgt: 11 Kommunisten, 100 Sozialisten, 17 Sozialrepublikaner, 108 Radikale, 2 Mitglieder der Radikalen Linken, ein Linksrepublikaner, 8 Mitglieder der Unabhängigen Linken, 5 Mitglieder der Demokratischen Volkspartei, 8 Mitglieder der Unabhängigen Fraktion (Fraktionslose), 1 Mitglied der Demokratisch-sozialistischen Aktion. Außerdem waren 88 Abgeordnete beurlaubt.

Paris, 19. Febr. (Tel.) Die Kammer beabsichtigt, heute die Beratung über die von der Regierung im Jahre 1926 durch Dekrete angeordnete Justizreform fortzusetzen. Die radikale Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Gerichte, die seinerzeit aufgehoben worden sind, wiederherzustellen. Die Regierung wollte ursprünglich gegen derartige Anträge nicht die Vertrauensfrage stellen. Nun soll, dem „Populaire“ zufolge, Justizminister Barthou gestern nachmittag angefündigt haben, daß die Regierung ihre Absicht aufgegeben hat und den radikalen Antrag unter Stellung der Vertrauensfrage bekämpfen werde. Da der größte Teil der Abgeordneten mit Rücksicht auf die lokalen Interessen ihrer Wahlkreise gegen die von der Regierung beschlossene Reform ist, hält es das Blatt für nicht ausgeschlossen, daß die Regierung, wenn sie tatsächlich die Vertrauensfrage stellen sollte, in die Minderheit kommen könnte. Der heutige Ministerrat dürfte über die Stellung der Vertrauensfrage endgültig bestimmen. Nach allgemeiner Ansicht wird man aber versuchen, noch im Laufe des Tages, eine Kompromißlösung zu finden.

Eine Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Vor dem bayerischen Bauernverein in Forchheim bei Nürnberg hielt der bayerische Ministerpräsident Held am Montag eine Rede, in der er erklärte, daß Bayern die Erhöhung der Biersteuer rüchweg ablehne, weil sie eine einseitige und ungerechte Steuer vor allem gegenüber Bayern sei. Bringe doch Bayern ein Drittel des Gesamtumsatzes an Biersteuern auf, obwohl es kaum ein Achtel des Reichsgebietes umfasse. Aus dieser Tatsache ergebe sich eine Vorauseilung Bayerns gegenüber dem Reich, worin die schon erwähnte Krise des Reichsbewußtseins zutage trete. Bayern lehne die Biersteuererhöhung aber auch deshalb ab, weil sie nicht nur das Braugewerbe, sondern auch die Hopfen- und Gerstenbauern schädige, und weil sie die Herstellungskosten aller jener Gewerbe erhöhe, die Arbeiter beschäftigen, die an Biergenuss gewöhnt seien.

Auch Bayern sei in einer schlimmen finanziellen Lage, die sowohl darauf zurückzuführen sei, daß wir noch 50 Millionen Reichsmark Steuerrückstände hätten, als auch auf nicht beglichene Forderungen Bayerns an das Reich. Es brauche hier nur an die Schuld des Reichs an Bayern für die Übernahme der bayerischen Staatsbahnen zu erinnern. Wenn Bayern auch vorerst im Hinblick auf das Dawesabkommen auf die Bezahlung dieser Eisenbahnabfindung nicht beharre, so fordere es doch zum mindesten die Bezahlung der rückständigen und der laufenden Zinsen aus der Abfindung, die im Jahre 1920 für Überlassung der bayerischen Post an das Reich mit 620 Millionen Reichsmark festgesetzt worden sei und deren vierprozentige Verzinsung das Reich vertragsmäßig zugesichert habe.

Wenn diese Zinsen in Höhe von jährlich 36 Millionen Reichsmark und die für Verzinsleistung auf den bayerischen Walzausschlag zugehenden 13 1/2 Prozent des Gesamtumsatzes an Biersteuern Bayern pünktlich bezahlt würden, dann würde Bayern kein Defizit mehr haben. Statt dessen hätte es die Reichsstaatsgerichtsgerichte anrufen, weil der Reichstag 45 Millionen Reichsmark aus dem Biersteuerertrag an Bayern bewilligt habe, und dieser selbe preussische Staat mache Bayern einen Vorwurf daraus, weil es sich wegen der Nichtbezahlung der Postabfindung ebenfalls nach Leipzig gewandt habe. Dabei sei Bayern gar kein anderer Weg übrig geblieben, denn es könne nicht fordern, daß das Reich zwar erkläre, es anerkenne die Schuld an Bayern, könne aber nicht zahlen.

Trotz unserer wirtschaftlichen Not beschäftigen sich manche Leute damit, wie das Deutschland der Zukunft aussehen solle. Dabei werde um die Existenz der Einzelstaaten gewürfelt. Daß Bayern sich gegen eine staatliche Auslösung wehre, sei vielen ein Dorn im Auge. Weil es aus getradem Wege nicht gehe, versuche man es durch finanzielle Auslösung. Das sei der tiefere Grund, warum die bayerischen Forderungen nicht erfüllt würden. Die Behauptung, die Verächter des Fortbestandes der bayerischen Staatlichkeit seien Partikularen und Separatisten, weise er, Dr. Held, als eine Verleumdung und Schmähung mit Entschiedenheit zurück. Wir verlangen ein Reich, aufgebaut auf starken und gesunden Ländern, in denen die Besonderheiten der Kultur herausgestellt werden können. Wir lehnen es ab, nur einen Mittelpunkt des geistigen und politischen Lebens in Deutschland zu schaffen. Wir wehren uns mit allen Nachdruck gegen die Schaffung eines staatlichen Gebildes, wie es das zentralisierte Frankreich ist. Was nun die Auseinandersetzung mit Preußen anlangt, so befinden sich Bayern in der Notwehr.

Hm, Held, müsse, wie jedem Ministerpräsidenten, vertrauliche Besprechungen mit den Pressevertretern der Regierungskoalitionsparteien gestattet sein. Wenn aus einer solchen Besprechung unerwünschte Ausgeplauderter werde, so könne er das nur bedauern. Von der bayerischen Regierung aber sei der preussischen Regierung gegenüber ein Bedauern nicht ausgesprochen worden. Man solle doch nicht nur einen Satz aus dem bezüglichen Gesandtschaftsbericht, sondern seinen ganzen Wortlaut veröffentlichen.

Zum Schluß wolle er nochmals die Reichstreue Bayerns betonen, aber zugleich auch, daß wir uns mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, daß man Bayern in eine Lebensnot hineinbringe und aus dieser dann die Existenzunmöglichkeit des Staates Bayern zu konstruieren versuche. Die Rede des Ministerpräsidenten wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Gemeinderatswahlen in der Pfalz. Die letzten Pfälzer Gemeinderatswahlen fanden im Dezember 1924 statt. Da die Wahlperiode 5 Jahre dauert, läuft die Amtsdauer der augenblicklichen Gemeinderäte am Jahresende ab. Die neuen Gemeinderatswahlen müssen also spätestens im letzten Quartal dieses Jahres erfolgen.

Der frühere Weimarer Oberstaatsanwalt Dr. Frieders hat um Entlassung aus dem thüringischen Staatsdienst nachgesucht, und das Verlangen ist genehmigt worden. Das Dienstverfahren, das am Montag vertagt wurde, dürfte daher heute eingestellt werden.

Der neue preussische Städtungsdirektor. Wie der „Dem. Zeitungsb.“ meldet, ist der bisherige Landeskulturamtsdirektor Volpert in Königsberg als Nachfolger des ausscheidenden Ministerialdirektors Articus ausgerufen.

Trotski bittet in Deutschland um Asyl

Trotski hat aus Konstantinopel an den Reichstagspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er um Befürwortung der Einreisegenehmigung nach Deutschland nachsucht. Reichstagspräsident Loh hat diese Bitte befürwortend an das Reichskabinett weitergegeben. In dem Telegramm hatte Trotski auf die Erinnerungsausprache des Reichstagspräsidenten bei der Wiederkehr des 10. Jahrestages der Gründung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung Bezug genommen. Darin antwortete der Präsident auf Zwischenrufe von den Kommunisten: „Wir haben Ihnen und den anderen erst die staatsbürgerlichen Rechte gegeben. Vielleicht kommen wir sogar dazu, Herrn Trotski in Deutschland ein freizeitleiches Asyl zu gewähren.“ — Trotski scheint vor irgendwelcher Seite auf diese Äußerung Lohs aufmerksam gemacht worden zu sein, und daraus die Hoffnung entnommen haben, daß der Reichstagspräsident eine entsprechende Bitte befürworten würde.

Von dem deutschen Konsulat in Pera ist bisher eine Bestätigung des von Trotski eingereichten Einreisegesuchs noch nicht eingetroffen. Erst wenn eine derartige Bestätigung und der Wortlaut des Gesuchs vorliegen, wird sich die Reichsregierung nochmals mit der Frage beschäftigen.

Folgende offizielle Erklärung wird in Moskau jetzt veröffentlicht: „Trotski ist wegen antisowjetischer Tätigkeit auf Beschluß einer Sonderberatung bei der staatlichen politischen Verwaltung aus der Sowjetunion ausgewiesen worden. Auf Wunsch Trotskis ist seine Familie mit ihm abgereist.“

Folgen des Winters

Im Oberbergamt in Dortmund wurde über die vom preussischen Handelsministerium angeregte eventuelle Mehrarbeit zwecks Sicherung der Kohlenversorgung verhandelt. Eine Gefährdung in der Brennstoffversorgung im Industriegebiet liegt bis jetzt nicht vor, es tritt nur eine Erschwerung der Versorgung der weiter abliegenden Gebiete dadurch ein, daß infolge Ausfalls des Wassertransportes und infolge der Betriebsstörungen auf den Sechen wegen Frost eine stark verlängerte Belade- und Entladezeit bei den Eisenbahnwagen eingetreten ist, der Wagenumlauf also sehr verlängert wird. Von Arbeitgeberseite wurde zur Behebung auch verlängerte Arbeit unter Tage verlangt. Das Oberbergamt hat dahin entschieden, daß über Tage, insbesondere für die Verladung, auf Grund der gesetzlichen Ausnahmbestimmungen über- und Sonntagsarbeit während der jetzigen Frostverhältnisse zulässig sei; dagegen wurde eine Mehrarbeit unter Tage als nicht nötig bezeichnet.

In Koblenz fand am Montag bei dem Oberpräsidenten Dr. Fuchs eine Besprechung statt, die sich mit den Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Gefahren des zu erwartenden Eisgangs in den Dörfern und Städten am Rhein und seinen Nebenflüssen befaßte. Zu der Besprechung waren die Regierungspräsidenten von Koblenz, Trier, Köln und Düsseldorf und die Oberbürgermeister der großen Städte geladen. Die Rheinstromabverwaltung gab die Maßnahmen bekannt, die sie bereits vorbereitet hat, und wies darauf hin, daß es ihre Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß das Eis glatt abfließe. Die am Rhein und seinen Nebenflüssen liegenden Gemeinden müßten selbst an der Beseitigung der drohenden Gefahren durch Bildung von Stoßtrupps mitarbeiten, damit das Eis keinen allzu großen Schaden anrichte.

Verlängerte Anmeldefrist. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat die Anmeldefrist der Ansprüche auf das während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Privateigentum bis zum 10. März 1930 verlängert.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“

hat auf seiner Versuchsfahrt am Montag die Städte Lindau, Bregenz, Ravensburg und St. Gallen berührt. Es wurde eine Höhe von 1352 Metern über dem Meeresspiegel erreicht. Im Vordergrund der Untersuchungen standen diesmal Messungen bei großer Fahrtgeschwindigkeit, und zwar wurde mit allen fünf Motoren äußerster Kraft gefahren. Der neu eingebaute Kurzwellenfunkenapparat ist nunmehr gänzlich abgestimmt. Auf dieser Fahrt wurde auch erstmalig die neu eingebaute Heizanlage versuchsweise in Betrieb genommen. Auf dem ersten Teile der Fahrt funktionierte die Heizanlage so gut, daß die Fahrgäste ihre Mäntel ausziehen konnten. Späterhin froz die Heizung ein und wurde abgestellt.

Die geplante Fahrt nach Arabien hat sich als undurchführbar erwiesen, da nach den Ergebnissen einer inoffiziellen Fühlungnahme nicht damit zu rechnen ist, daß bei den in Betracht kommenden (englischen) offiziellen Stellen ein solches Unternehmen ohne weiteres begrüßt werden dürfte. Von der Einleitung offizieller Schritte, um die Genehmigung zum Besuch des Luftschiffes in Ägypten zu erhalten, ist infolgedessen, wie die Mäntel erfahren, abgesehen worden.

Bei dem vor einiger Zeit ausgeschriebenen Wettbewerb für den Bau einer neuen Zeppelinhalle in Friedrichshafen hat die Gute-Hoffnung-Hütte in Oberhausen den Zuschlag erhalten. Mit dem Bau der neuen Luftschiffhalle wird voraussichtlich im Mai 1929 begonnen werden. Es handelt sich um ein Objekt von 4 Millionen Reichsmark.

Kleine Chronik

In Altenburg hat der Viehhändler Krimme den Viehhändler Otto Richterstein, mit dem er in Streit geraten war, mit einem Messer getötet und der Leiche den Kopf vom Rumpfe getrennt. Frau Richterstein wurde durch Stiche in den Hals schwer verletzt, so daß sie kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Der Täter ist flüchtig.

Eines der ältesten Schiöffer im Kreise Janch-Bezig, das der Familie v. Rohow in Gollwitz bei Brandenburg an der Havel gehörende Schloß, ist durch Feuer vernichtet worden: Unerschöpfliche Kunstgegenstände, altertümliche Waffensammlungen, antike Möbel sind verbrannt. Der Brand entstand beim Verlöten einer geplatzten Wasserleitung.

Montag nachmittag ist der deutsche Flieger Ernst Udet in Begleitung eines Mechanikers auf dem Eise des St. Moritzer Sees gelandet. Der Flieger, der auf dem Eise bei Garmisch gestartet war, benötigte für die Strecke 1 1/2 Stunden.

Bei Glasgow fürgte ein Omnibus eine 6 Meter tiefe Böschung hinab. Der Chauffeur und 20 Passagiere wurden verletzt.

In Neval (Estland) wollte ein geisteskranker Mann in das Regierungsgebäude eindringen. Als er einen Polizeibeamten mit dem Messer angriff, wurde er von einem anderen Beamten niedergebrosen. Es handelt sich um einen 50jährigen Arbeiter, der sich für einen estländischen mythologischen Helden hielt, der die Aufgabe erhalten habe, das Land von der roten Woge zu befreien.

Das Provinzamt von Loul ist durch Feuer teilweise zerstört worden. Man glaubt, daß Kurzschluß die Ursache des Brandes gewesen ist.

Badischer Teil

Die fehlenden Rheinbrücken

Die Tatsache, daß während der derzeitigen scharfen Frostperiode die Schiffsrüden bei Maxau und Speyer abgefahren werden mußten und nur auf dem weiten Umweg über Wormsheim und Mannheim noch ein Personen- und Güterverkehr zwischen Baden und der Pfalz mühsam und eingeschränkt aufrechterhalten werden kann, zeigt, wie dringend wünschenswert der baldige Beginn des Neubaus der geplanten festen Brücken ist. Auch die „Frankfurter Zeitung“ nimmt sich der Sache an und meint, man sollte annehmen, daß die gegenwärtigen Kalamitäten auch die Vorkonferenz, die so lange gezögert habe, die drei geplanten Brückenbauten zu genehmigen, von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände und von der sachlichen Berechtigung der deutschen Baupläne überzeugt haben werde.

Zur Kündigung des Lohntarifs in der badischen Metallindustrie

Der am 31. März abläuft, durch den Verband der Metallindustriellen Badens wird mitgeteilt: Damit ist die badische Metallindustrie und ein bedeutender Teil der pfälzischen Metallindustrie in eine Lohnbewegung getreten, die annähernd 30 000 Arbeiter umfaßt, von denen etwa 20 000 auf den Bezirk Mannheim-Zweibrücken entfallen. Der zunehmende Mangel an Aufträgen und das hierdurch bedingte Herabsinken des Beschäftigungsgrades, der schon seit einiger Zeit in einzelnen Betrieben in einer Einschränkung der Beschäftigungsziffer seinen Ausdruck fand, und die außerordentliche Höhe der Arbeitslosenziffer sind äußerliche Merkmale für den augenblicklichen Tiefstand der Wirtschaftslage. Trotzdem ist von der Forderung nach einem Abbau der Löhne Abstand genommen worden und statt dessen seitens der Metallindustriellen die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, die zur Zeit laufenden Lohnsätze unangetastet auf längere Frist weiter gelten zu lassen. Im Hinblick auf die notwendige Stabilisierung der Verhältnisse könnte dies nur im beiderseitigen Interesse gewünscht werden.

Der landwirtschaftliche Genossenschaftsverband Karlsruhe

hielt am Samstag in Freiburg seine Winterversammlung ab. Bezirksvorsitzender Bürgermeister Warming, Weinheim, leitete unter den anwesenden Gästen Landrat Heß als Vertreter der Regierung begrüßte. Verbandspräsident Reibel aus Karlsruhe sprach über die innere Angelegenheiten des Verbandes und insbesondere über die im Gang befindlichen Einigungsbestrebungen mit der Freiburger Organisation. Anschließend behandelte Direktor Hüger aus Karlsruhe Fragen rationeller Wirtschaftsführung in der Landwirtschaft. Vortragsleiter Ballweg, Karlsruhe (Badische Landwirtschaftsbank), sprach über wichtige finanzielle Fragen der Landwirtschaft. In Karlsruhe hielten die dem Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Karlsruhe angeschlossenen Bezirke Offenburg, Rastatt, Ettlingen und Wolfach eine gute Besprechung ab, in der dieselben Herren über die gleichen Themen sprachen.

Friedrichshafen-Genossenschaft Bruchsal. Zur großen Wollsaale in Bruchsal tagte am Sonntag zum erstenmal nach fünfmonatiger Pause die Friedrichshafen-Genossenschaft. Diese Erste Hauptversammlung war von den zugehörigen fünf Gemeinden sehr gut besucht. Die Genossenschaft umfaßt 120 Mitglieder. Auf dem Marktplatz wurden 12 Karren angekauft und 9 verkauft. Die Tagung wurde ergänzt durch einen Vortrag von Justizinspektor Höpfer über die „Fütterung, Färm und Leistung der Rinder“. Interessant war dabei, zu hören, daß heute noch für 800 000 000 RM landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt werden. Der Vortragende meinte, daß durch genossenschaftlichen Zusammenhalt diese Mengen im Lande selbst bleiben können. In diese Ausführungen schloß sich die Vorführung eines Films über die „Tuberkulose der Rinder und ihre Bekämpfung“ an.

Landesverband der Gartenbaubetriebe

Am Sonntag tagte in Heidelberg der Landesverband Baden für Gartenbaubetriebe. Die Tagung war aus allen Teilen des Landes besucht. Anwesend waren u. a. als Vertreter des Kultusministeriums Gewerkschaftsdirektor Randolf, sowie Vertreter der Stadt, der Landwirtschaftskammer und verwandter Verbände und Genossenschaften.

Der Versammlungsleiter Kocher entwarf ein trübes Bild der wirtschaftlichen Lage des Gewerbes. Der vom Geschäftsführer Löbmann erstattete Jahresbericht spricht von einem arbeitsreichen, aber wenig erfolgreichen Jahr. Qualität und Organisation müsse auch hier die Lösung sein. Der Bericht wendet sich gegen die steigende Einfuhrziffer aller Gartenbau-erzeugnisse aus dem Ausland und gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand. Der Mitgliederstand sei infolge der trüben wirtschaftlichen Lage etwas zurückgegangen. Es folgten Spezialvorträge. Der nächste Verbandstag findet in Freiburg i. Br. statt.

Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft

Im Nathausaal zu Rastatt fand am Sonntag in Anwesenheit einer großen Zahl von Bezirks- und Ortsgruppenleitern aus dem ganzen Lande die 4. ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes Baden der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft statt. Zahlreiche Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, der Schulen, der Turn- und Sportvereine wohnten den Verhandlungen bei, die vom 1. Verbandsvorsitzenden, Oberregierungsrat Prohmer, geleitet wurden.

Der Leiter des sportlichen Instituts der Universität Freiburg, Dr. med. Durax, hielt einen nahezu einstündigen Vortrag über die Wirkungen des Schwimmens auf den Blutkreislauf des Menschen, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Aus dem Bericht über die geleistete praktische Arbeit des Verbandes, den der zweite Vorsitzende, Professor Dr. W. W. B. B. B., vortrug, erhellte, konnte entnommen werden, daß die Zahl der Mitglieder allerorts im Steigen begriffen ist, insbesondere hat sich die Zahl der Rettungsschwimmer vermehrt. Vier besondere Kurse im Rettungsschwimmen wurden abgehalten. Der Kasernenbericht ist als günstig zu bezeichnen und ergab eine Vermehrung des Betriebsvermögens. Die Neuwahlen brachten eine Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes infolge, als für den bisherigen zweiten Vorsitzenden J. J. J., Mannheim, als solcher gewählt wurde.

Zum nächsten Landesversammlungsort wurde Karlsruhe bestimmt. Einige Anträge, die Herabsetzung der Prüfungsgebühren betreffend, wurden einstimmig angenommen. Mit herzlichen Dankworten an alle Mitarbeiter schloß der 1. Verbandsvorsitzende, Oberregierungsrat Prohmer, gegen 11 Uhr die Tagung. Im Hotel „Krauß“ fand ein gefälliges Zusammen sein statt, dem sich ein Spaziergang nach dem Hotel „Sobberg“ angeschlossen.

Kreisrat des badischen Turnkreises

In einer Sitzung des Kreisrates des 10. deutschen Turnkreises (Baden) in Gaggenau wurden eingehende Beschlüsse gefaßt zu dem am 10. und 11. August in Gaggenau stattfindenden zweiten badischen Frauenturnen. Es werden dabei Sondervorführungen, Mastenturnen, Läufe und Volkstänze gezeigt. In der neu zu schaffenden Schwimmhalle werden Schwimmwettkämpfe ausgetragen; auch Fischen soll gezeigt werden. Sämtliche turnerische Vorführungen werden im Film aufgenommen. Für den zweiten Tag (Sonntag), nachmittags, ist ein Festzug in Aussicht genommen; Massenfreibewegungen reihen sich an.

Weiter befaßte sich der Kreisrat mit dem Pflichtbezug der badischen Turnzeitung; der Beschluß des letzten Kreisratstages wurde zurückgestellt und der bisherige Bezug mit verbilligtem Bezugspreis beibehalten. Sodann beschloß man, eine Kreisprezessele in Mannheim zu schaffen, die in drei Sammelstellen, Lörrach, Offenburg und Karlsruhe, die Sonntagsergebnisse sammelt und sie an die Telegraphenbüros weiterleitet. Für die Fachvermittlung in Mannheim, die am 24. März beginnt, ist ein umfangreiches Programm aufgestellt. Es sind für die Männer zwei, für die Frauen ein Turnkreis vorgesehen. Der Schwimmkurs ist in Karlsruhe vom 10. bis 12. Mai. Das Kreisfrühstück erhält Konstanz für den 4. August. Weiter ist in Karlsruhe ein Festzug vorgesehen. Am 14. April ist der Kreiswettbewerb in Karlsruhe und am 28. Juni sind die Kreiswettbewerbe in Lörrach. Am 25. August ist wieder ein Bergfest auf dem Ahrbach. Der Antrag der Freiburger Turnerschaft auf Erbauung eines Hauses im Schwarzwald soll näher geprüft werden. Die nächste Kreisratssitzung ist am 26. Mai in Schwenningen.

Zur Laufe der Tagung wurde das Andenken des kürzlich in Karlsruhe verstorbenen Turnführers Leonhard gelehrt, auch fand ein Ehrenabend für Oberrealschuldirektor Weiß und Studienrat Lotterer statt.

Gemeinderundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

hatte sich am geistreichen Montag in einer nahezu fünfständigen Sitzung mit einer sehr umfangreichen und bedeutungsvollen Tagesordnung zu beschäftigen.

Zunächst gab es eine im ganzen mehr theoretische Debatte über die Prüfung der städtischen Rechnungen. Der Vorsitzende des vom Bürgerausschuß bestellten Prüfungsausschusses, Stadtv. W. W. W., verwahrte sich in seinem Referat über die städtischen Rechnungen für 1924 dagegen, daß manche Dienststellen von einer übertriebenen Empfindlichkeit getragene Bemerkungen zu Fragen des Ausschusses machten. Dann kam er ausführlich auf vier Anträge der Volksrechtspartei zu sprechen. Er hielt es u. a. nicht für angängig, daß ein Mitglied des Ausschusses das Recht haben solle, Kontrollen in den städtischen Ämtern vorzunehmen. Dieses Recht siehe dem Ausschuss als Kollegium zu. Man wolle und müsse nun der Rücksicht möglichst bald Herr werden. Der Vertreter der Volksrechtspartei, Stadtv. Strickmann, begründete ausführlich die Anträge seiner Partei. Es handelte sich hier um eines der wichtigsten Rechte, das dem Bürgerausschuß verbleiben sei. Früher wurde die Rechnungsabgabe laufend, d. h. vierteljährlich durchgeführt, heute sind wir soweit gekommen, daß wir uns jetzt mit der Abgabe von 1924 beschäftigen. In den Beschlüssen über die Gemeinlichkeit auf. Der vorgeschlagene großzügige Abzug für die Jahre 1925 und 1926 verlege die Volksrechtspartei ihre Zustimmung. Es gelte die Rechnungsabgabe zu sanieren. Ein kommunikativer Redner verlangt eine neue Kassen- und Rechnungsordnung. Für 1924 seien zum allermindesten bedeutende Dienstleistungsleistungen festgestellt worden. Stadtv. W. W. W. wies darauf hin, daß die Prüfungsbeamten bereits diese Dinge festgenommen haben, und daß sich deshalb die Kommission damit befassen konnte. Der Präsident des bad. Rechnungshofes, Stadtv. W. W. W. glaubt, daß die Grundzüge, die im Staat gelten, nicht schematisch auf eine Großstadt übertragen werden könnten, welche die Prüfung kraft des Selbstverwaltungsrechts selbständig vornehmen könne. Wenn nun die Rechnungen alle so eingehend geprüft werden sollen, wie es der volkrechtliche Antrag wolle, stünde das Ergebnis schließlich bei weitem nicht mehr im Einklang zu den Kosten. Nach der Prüfung für 1924 haben wir gute Grundlagen und können deshalb mit den abgelaufenen Rechnungsjahren für 1925 und 1926 schneller vorwärts kommen. Das allermeiste, was die Anträge der Volksrechtspartei verlangen, sei praktisch schon rechtens. Außerdem bekommen wir nun eine Staatshaushalts- und eine Rechnungsordnung für das Reich. Auch das Land Baden wolle im Anschluß daran eine neue Kassen- und Rechnungsordnung schaffen. Die Rechnungsordnung für die Gemeinden nehme immer auf die des Landes Bezug, und es müsse daher abgemindert werden, bis die Vorbilder von Reich und Land in Kraft sind. Dann könne man auch das in den Anträgen vorliegende Material benutzen.

Aber die Errichtung eines neuen Wasserwerks bei Mörich — die wichtigsten Einzelheiten der Vorlage wurden an dieser Stelle schon mitgeteilt — berichtete Stadtv. W. W. W. Karlsruhe sei wegen der Nähe seiner Wasserquellen besser daran, als andere große Gemeinwesen. Die Höhe des künftigen Wasserpreises werde von den Anlagekosten des neuen Werks mitbestimmt. Vielleicht könnte durch teilweise Stromverförmung von Scheibenhart aus eine Ersparnis gemacht werden, eine Frage, die noch geprüft werde. Die Gemeinde Mörich, als die glückliche Besitzerin des Geländes habe es verstanden, sich eine Reihe von Vorteilen zu sichern. Die Kostenbedeckung müsse aus Anlehensmitteln gelassen, da leider die Erneuerungsfonds der Stadt Werke nicht bereit angewachsen seien, daß wir daraus Mittel entnehmen können. In der Aussprache wurde der Vorlage von allen Seiten zugestimmt und die Kosten von 3 270 000 RM einstimmig bewilligt. Es wurde auch für richtig erklärt, daß das neue Werk soweit wie möglich von der Stadt gebaut wird, um die städtische Bebauung nicht zu hindern. Das jetzige Werk hat 60 Jahre lang den Bedarf der Stadt gedeckt.

Die Vorlage auf Beitritt Karlsruhes zur Süddeutschen Gas-A. G., über die wir bereits ausführlich berichtet haben, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen waren nur die Kommunisten. (Es handelt sich bekanntlich um eine Einnahme einer Abwehposition der süddeutschen größeren Städte gegen etwaige Monopolbestrebungen der Ruhr.) Die Eingemeindung von Sulach, durch welche eine starke Einbuße im Süden des Reichsbildes der Stadt beseitigt wird, wurde einstimmig genehmigt. Der Oberbürgermeister hieß die neuen Bürger Karlsruhes herzlich willkommen. Es ist seit 20 Jahren wieder die erste Eingemeindung. Schließlich wurde noch der Antrag des Palais Mörich in der Kriegstraße zum Kreise von 200 000 RM genehmigt, um darin die Hochschule und das Konservatorium für Musik anzubringen.

Bei der durch die Stadtv. W. W. W. vor Beginn der Sitzung vorgenommenen Erziehung für den zurückgetretenen Stadtv. W. W. W. (Dnt.) wurde entsprechend den Bestimmungen eines freifreien Abkommens Stadtv. W. W. W. (Dnt.) mit 57 von 69 abgegebenen Stimmen gewählt; 12 Zettel waren unbeschrieben.

Mannheimer Gemeindesteuer. Aber die in gleicher Weise wie im vorigen Jahr zu erhebende Gemeindesteuer 1928 und 1929 ist dem Bürgerausschuß nachstehende Vorlage zugegangen: 1. Der gesetzliche Steuergrundbetrag für die Gebäude mit 40 Reichspfennigen von je 100 RM Steuerwert wird für die Erhebung der Gemeindesteuer in den Rechnungsjahren 1928 und 1929 gemäß § 58a Abs. 11 des Grund- und Gewerbesteuer-Gesetzes um 60 v. H., also auf 60 Pf., erhöht. 2. Zur Bedeckung des im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1928 aus der Grund- und Gewerbesteuer vorgesehenen Betrages von 9 522 500 Reichsmark sind 158 Hundertteile der Steuergrundbeträge zu erheben.

Ein Umschlagshafen am Redartanal. Nach einem Stadtratsbeschlusse in Mannheim soll mit einem Aufwand von 400 000 Reichsmark zwischen Hauptfriedhof und Niedbahnbrücke das Redartanalufer als Umschlagshafen erschlossen werden. Zwischen der Stadt und der jetzigen Eigentümerin der Chemischen Fabrik Wohlgelegen, die das Werk neu ausbauen und am Redartanal eine große Umschlaganlage errichten will, soll ein Geländeaustausch durchgeführt werden. Die Zustimmung des Bürgerausschusses muß noch eingeholt werden.

Bürgermeisterwahlen. In Durbach (bei Offenburg) wurde der bisherige Bürgermeister Wörner mit 61 Stimmen wiedergewählt. — In Niederelsbach (bei Billingen) ging Landwirt August Schütz mit 235 Stimmen als gewählt hervor. Der bisherige Bürgermeister Johann Stern hatte 155 Stimmen auf sich vereinigt; er hat 18 Jahre das Amt des Bürgermeisters versehen. — In Kappelburg (Amt Waldshut) stimmten von 455 Wahlberechtigten 308 ab. Es erhielten der bisherige Bürgermeister J. A. Thienger 148, Ad. Kästig 92, Hermann Berger 58, Johann Küpper 57, Johann Kagele eine Stimme. Ungültig waren 8, leer 2 Stimmzettel. Die Wahl ist somit ergebnislos verlaufen.

Auftragsvergaben für die Schwanlandsbahn. Für den Bau der Schwanlandsbahn sind in den letzten Tagen Aufträge im Werte von mehr als 1 1/2 Millionen Reichsmark vergeben worden. Ein großer Teil dieser Summe entfällt auf die Lieferung des mechanischen Teils, der Trag- und Zugteile, sowie des sonstigen Zubehörs. Diese wurden der Firma Ernst Gedel G. m. b. H. in Saarbrücken übertragen. Die umfangreiche elektrische Ausrüstung der Bahn wird von den Siemens-Schudert-Werken geliefert. Mit den übrigen Arbeiten wurden durchweg ortsanständige Firmen betraut. Mit der Lieferung der Kabinen sind die Oberheinischen Karosseriewerke Schlenker & Jeller beauftragt worden. Bezüglich des Beginns der eigentlichen Bauarbeiten teilt die „Freib. Zig.“ mit, daß diese, nachdem die Vermessungsarbeiten nunmehr abgeschlossen sind, alsbald nach Eintritt besserer Witterungsverhältnisse in Angriff genommen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Zum „Badener Tag Karlsruhe“ 1930. Als wirksame Propaganda für den „Badener Tag“ 1930 hat der Verkehrsverein soeben ein illustriertes Halbblatt in einer Auflage von mehreren tausend Stück herausgegeben. Die Vorderansicht zeigt eine vorzügliche Wiedergabe des bekannten Plakates von Karlsruhe mit dem Bild von der evangelischen Stadtkirche auf das blumengeschmückte Rathaus. Auf der Rückseite ist die typische Ansicht Karlsruhes um 1770 dargestellt. Das Halbblatt, das an die in- und ausländischen Verkehrsorganisationen und an die badischen landmannschaftlichen Vereine verandt wird, enthält das bis jetzt geplante großzügige Programm des „Badener Tags“ und dürfte geeignet sein, die Aufmerksamkeit aller Interessenten auf diese Veranstaltung hinzuwenden.

Der Landesverband badischer Haus- und Grundbesitzer veranstaltete am Sonntag in Karlsruhe eine Protestkundgebung gegen die Steuerbelastung, Sozialisierung und Kommunalisierung des Hausbesitzes und Vererbung des Mittelstandes. Die Versammlung war aus ganz Baden stark besucht. Der Vorsitzende, Landtagsabg. von Au, bezeichnete als Zweck der Versammlung, die besonderen Nöte des Mittelstandes öffentlich darzutun. Bisher sei es noch gelungen, die Angriffe auf Mittelstand und Grundbesitz abzuwehren, aber neue Lasten drohen und zwingen zu energischer Abwehr. Aber die Frage referierte der aus Russland ausgewiesene und in Berlin ansässige Universitätsprofessor Dr. Jwan Alin, der einen sehr interessanten Vortrag hielt über die Revolution und Enteignungen in Russland und ihre Folgen, und über den Kampf um die Erhaltung des Privateigentums. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der die Vertreter von Hausbesitz, Handel und Handwerk mit Bedauern davon Kenntnis nehmen, daß die Reichsregierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen will, durch den der Grundbesitz zu geradezu lächerlichen Summen in die öffentliche Hand übergeführt werden soll, ferner daß sie eine Erhöhung der Mietzinssteuer und der Vermögenssteuer und einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf das Gattenerbe plant. Der badische Hausbesitz und Mittelstand erheben gegen eine derartige Bergewaltigung in Form einer direkten Besteuerung, ebenso wie gegen Mehrbelastung in Form der Erhöhung der direkten Steuern scharfsten Protest. Es wird erwartet, daß die Reichsregierung ihren Plan aufgibt, in der Einsicht, daß durch jede Erhöhung der Besteuerung die deutsche Wirtschaft einer Katastrophe zueilt. An die bürgerliche Fraktionen wurde eine Entschliessung gerichtet, die besagt, es werde von den bürgerlichen Parteien erwartet, daß sie solchen Plänen ihre Zustimmung verweigern.

Goldene Hochzeit. Am 22. Februar begehen die Eheleute Architekt Ergleben in Föpperlicher und geistiger Mütterlichkeit das Fest ihrer Goldenen Hochzeit. Der Jubilar ist Veteran von 1870/71 und der letzte noch lebende Offizier des damaligen Leibgrenadier-Regiments.

Erdbeben. Die Seismographen der Erdbebendate Karlsruhe registrierten gestern abend 8.04 Uhr ein Erdbeben, mit einer Herdenfernung von 300 Kilometern.

Badisches Landestheater. Am 1. März werden zwei verdiente Mitglieder des Badischen Landestheaters auf eine 25-jährige Tätigkeit an unserer Bühne zurückbliden: Eugen Kalnbach und Alois Reibinger, die seit einem Vierteljahrhundert dem Singchor angehören. Eugen Kalnbach ist auch in hervorragendem Maß solistisch beschäftigt und hat durch seine Tätigkeit viele Berehrer im Publikum gewonnen. Zu Ehren der Jubilare wird am 28. Februar „Der fliegende Holländer“ gegeben, in welcher Aufführung Eugen Kalnbach den „Steuermann“ singen wird.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Eine neue Kälteperiode, die von Nordost heranzieht, hat bereits Mitteldeutschland erreicht. Südlich der Elbe sind die Temperaturen allenthalben zurückgegangen, so daß heute früh zwischen Elbe und Oder wieder —14 Grad, südlich der Oder bis zu —20 Grad Kälte gemessen wurden. Im Rheingebiet und in Süddeutschland hat die Kälte vorübergehend etwas nachgelassen, beträgt aber immer noch 5—8 Grad unter Null. Die Druckverteilung zeigt auch heute das für Frostwetter charakteristische Bild mit hohem Druck über Nord- und Mittelmeer. — **Weiterausichten:** Neue Verschärfung des Frostes.

Kurze Nachrichten aus Baden

Geschlossene Schulen. In einer Reihe von Städten: Bühl, Offenburg, Willingen und anderen sind zur Kohlenersparnis die Schulen geschlossen worden.

D3. Mannheim, 19. Febr. Gestern in später Abendstunde brachen beim Übersetzen des Rheins zwei junge Leute in Ufernähe durch die Eisbede. Während ein 25 Jahre alter Kaufmann aus Ludwigshafen noch gerettet werden konnte, ist eine 19jährige Mannheimerin unter dem Eise verschwunden. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — Auch im Rheineis sind inzwischen Kilometerlange Risse unter donnerähnlichem Krachen entstanden. Die Bevölkerung, die noch am Montag zu Tausenden den Rhein überschritten hatte, wurde eindringlich gewarnt, den Rhein zu überschreiten, doch finden sich noch immer Baghaffige, die den Fluß passieren, so daß auch hier mit Unfällen zu rechnen ist.

Old. Mannheim, 18. Febr. Gegenwärtig schweben, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen, die darauf hinausgehen, im Rahmen der Handelshochschule Mannheim eine sprachwissenschaftliche Abteilung zur Ausbildung von Dolmetschern ins Leben zu rufen. Eine Entscheidung darüber ist noch nicht getroffen.

D3. Nippberg (Kreis Mosbach), 19. Febr. Das hiesige Eisenwerk mußte infolge der herrschenden Kälte den Betrieb bis zum Wiedereintritt einer wärmeren Temperatur stilllegen. Dadurch ist die Ziffer der Arbeitslosen hier beträchtlich vermehrt worden.

Wingolsheim, 19. Febr. Gestern abend 18.30 Uhr hat ein Personenzugwagen die geschlossene Eisbahn am Bahnhof Wingolsheim—Kronau im Bahnhof Wingolsheim kurz vor Einfahrt des Personenzugs 932 durchbrochen. Verletzt wurde niemand. Der Autoführer verjügte, zu entkommen, sein Lame konnte aber nachträglich festgestellt werden.

Old. Freiburg, 18. Febr. Die theologische Fakultät der Universität Freiburg hat Pfarrer Dehler in Göttingen aus Anlaß seines 80. Geburtstages die Würde eines Dr. der Theologie ehrenhalber verliehen in Anerkennung der vielen und wertvollen Arbeiten, womit er die kirchengeschichtlichen Kenntnisse der näheren und weiteren Heimat gefördert hat. H. a. hat er die Patrologien der badischen Kirchen erforscht und systematisch dargestellt.

Der seitherige Bürgermeister Herr Göb tritt krankheitshalber auf 1. April d. J. in den Ruhestand.

Bürgermeisters
der Stadtgemeinde Randern (2100 Einw.) ist daher auf 1. April zu besetzen.
Bewerber wollen sich unter Angabe der seitherigen Tätigkeit, Alter, Familienverhältnisse sowie der Gehaltsansprüche bis 15. März d. J. melden.
Randern, den 18. Februar 1929.

Der Gemeinderat:
B. Kaiser, Bürgermeister-Stellvertreter.

Die Stelle des **Geschäftsleiters** der Öffentlichen Verbandsparafse Reßfisch ist auf 1. April zu besetzen. Beforderung erfolgt nach Gruppe 9 der alten Besoldungsordnung. Verlangt wird Erfahrung und praktische Tätigkeit im neuzeitlichen badischen Sparfassenwesen. Einjährige Probezeit bleibt vorbehalten. Bewerbungen mit selbstgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnissen und Lichtbild wollen bis 1. März 1929 an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Bürgermeister Weißhaupt in Reßfisch, eingereicht werden.
Reßfisch, den 16. Februar 1929.

Der Verwaltungsrat:

Rauchwarenverfauß.
Die Fortfabeitung des Finanzministeriums verfeigert am Montag, den 25. Februar d. J., nachm. 2½ Uhr, im Gasthaus zum goldenen Adler in Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strafse 12 (gegenüber dem Bezirksamt) aus den badischen Staatsjagdbezirken ungefähr 130 Fuchs, 30 Edelmarder, 5 Steinmarder, und 10 Mifsbälge.
Nähere Auskunft erteilt das Forst. Hilfsbüro der Fortfabeitung. Die Rauchwaren find von vormittags 10 Uhr an im Verkaufslotus zur Einfichnahme aufgelegt.
Die Abgabe der Bälge erfolgt nur gegen Barzahlung.

Arbeitsvergebung.
Für die Kobbauarbeiten beim Neubau eines Hangobehaufes in Baden-Baden werden vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Ministers des Innern nachfolgende Arbeiten nach der Reichsverbindungsordnung B.O.B. und den technischen Vorschriften für Bauleistungen in öffentlicher Ausschreibung vergeben:
I. Erd- und Grabarbeiten, II. Mauerarbeiten, III. Beton- und Zementarbeiten, IV. Asphaltarbeiten, V. Steingauerarbeiten, VI. Zimmerarbeiten, VII. Schmiedarbeiten, VIII. Walzfeifenlieferung, IX. Dachdeckerarbeiten (Kupferdach), X. Wechnearbeiten, XI. Mißableiteranlage.
Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 21. bis 28. Februar 1929 auf unserem Geschäftszimmer, Gernsbacher Strafe 35, täglich von 10 bis 12.30 Uhr, und von 16 bis 18 Uhr zur Einficht auf. Angebote sind verschlossen und portofrei und mit der Aufschrift „Hangobehauf“ (Angebot für ... arbeit) an das Bezirksamt Baden-Baden zu richten. Die Eröffnung der Angebote findet im Beisein etwa erschienenen Bewerber am Freitag, den 1. März 1929, vormittags 10 Uhr, statt.
Zuschlagsfrist 21 Tage.
Baden, 15. Februar 1929.
Bezirksbauamt.

Nadelangholz-Submiffion.
Bad. Forstamt Kircharten bei Freiburg i/Br. (Fernsprecher Nr. 40) verkauft im Submiffionswege aus den Staatswaldungen ca. 3800 fm Fichten- und Tannerrundhölzer. Angebote, verschlossen mit der Aufschrift „Nadelrundholz-Submiffion“ versehen, wollen bis Freitag, 1. März d. J., vorm. 11 Uhr in ganzen Prozentsen der B.Gr. Pr. 27 beim Forstamt eingereicht werden, wofelbst die Eröffnung der Angebote stattfindet. Losverzeichnis und nähere Auskünfte durchs Forstamt. D.588

D3. Forstheim, 19. Febr. Der durch die Kälte eingetretene Mehrbedarf an Holz für gewerbliche Zwecke und für Haushaltungen zwingt dazu, die Volksschule und die höheren Schulen (Oberrealschule, Realschule und Mädchenrealschule) sowie die Fachschulen (Handelschule, Goldschmiedeschule und Gewerbeschule) diese Woche zu schließen. Auch die Turnhallen sind geschlossen. Weiter ist das Stadtbad nur noch 3 Tage in der Woche der Allgemeinheit zugänglich, während die Bäder in den beiden Vorstädten Brödingen und Dillweifenstein ganz geschlossen bleiben.

D3. Muggensturm, 18. Febr. Wie das „Majstatter Tagblatt“ meldet, gingen am vergangenen Freitagnachmittag zwei hiesige Arbeitslose in den Gemeinwald, vermutlich um zu wütern. Einem der beiden fiel unterwegs sein zerlegbares Gewehr aus der Hand, wobei sich die Schußwaffe entlud. Das Geschöß drang ihm in den Bauch und blieb in der Lunge stecken. Seine Verletzung ist lebensgefährlich.

D3. Oberweiler (Am Mühlheim), 18. Febr. In den Amtswaldungen der Vorberge — Höhenlage 300 bis 500 Meter —, in 50- bis 150jährigen Beständen macht sich zur Zeit bei dem anhaltenden Frost die Bildung von Frostfritten in erschreckender Weise bemerkbar. Die alten überwachsenen Frostfritte reifen fast durchweg mit lautem Krachen auf und 2 bis 4 Meter vom Stod aufwärts bilden sich neue Frostfritte. Der Schaden an den wertvollen Eichenbeständen der Gemeinde und des Staates beziffert sich auf viele tausend Reichsmark.

Old. Markdorf (am Bodensee), 19. Febr. Ein trübes Zeichen der Zeit, wie es in der Statistik der hiesigen Wandererherberge bis heute wohl kaum aufzufinden ist, wird aus unserem Städtchen berichtet. Unter der städtischen Zahl arbeitsloser Durchwanderer hat nämlich auch ein jüngerer Mann mit Frau und einem zweijährigen Kind im Arm, das der bitteren Kälte fast schußlos preisgegeben war, am Obdach nachgesucht. Die Papiere der Familie, die aus Saarburg stammt, waren in Ordnung.

Old. Vom Bodensee, 19. Febr. Die Verfügung der Reichsbahndirektion Stuttgart, bezüglich des versuchsweisen Abbaus eines Mannes des Desperados der Dampfer, ist zunächst zurückgezogen worden. Seit einigen Tagen wird den Dampfern wieder die volle Kraft von 7 Mann zugeteilt, da offenbar die Reichsbahndirektion auch ihrerseits nicht in der Lage gewesen ist, die Beronwörung mit allen ihren Folgen auf sich zu nehmen.

Old. Rheinfelden, 19. Febr. Infolge Strommangel mußten die Aluminiumwerke bis auf weiteres ihren Betrieb stilllegen. Dadurch werden 200 Arbeiter arbeitslos. Das Unternehmen erleidet dadurch einen großen Schaden.

Old. Straßburg i. E., 18. Febr. Im Gefolge der Kälte hat in Straßburg eine heftige Grippeepidemie zu wüten begonnen. Der Zustrom von Kranken ins Bürgerhospital ist bereits so stark, daß man bis in die Flure der verschiedenen Kliniken Betten aufstellen mußte.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	19. Febr.		18. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.50	168.84	168.61	168.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.18	112.40	112.26	112.48
Italien . . . 100 R.	22.02	22.06	22.041	22.055
London . . . 1 Pfd.	20.415	20.454	20.43	20.47
New York . . . 1 D.	4.2070	4.2150	4.2100	4.2180
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.89	81.05	80.95	81.11
Wien 100 Schilling	59.085	59.205	59.12	59.24
Prag . . . 100 Kr.	12.475	12.495	12.48	12.50

Neue Situation bei den Eisenwerken Gaggenau A.-G. Von der Direktion der Eisenwerke Gaggenau A.-G. wird mitgeteilt: In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Gläubigerausschusses mit Vertretern der beteiligten Gemeinden, den Banken und der Verwaltung hat sich erwiesen, daß der alte Vergleichsvorschlag undurchführbar ist. Dagegen hat sich gezeigt, daß auf der Aufrechterhaltung der Ausfallbürgschaft der Gemeinde Gaggenau und durch das große Entgegenkommen der beteiligten Banken begründete Aussicht besteht, im Wege der Erneuerung des Vergleichsverfahrens einen Vergleich durchzuführen, der eine Befriedigung der größeren Gläubiger mit 20 Proz. in bar und 80 Proz. in neuen Aktien vorsieht. Alle Beteiligten einschließlich der Gemeindevertreter waren sich darüber klar, daß der Konkurs vermieden werden müsse, da mit der Durchführung dieser Maßnahmen die Sanierung gesichert erscheint.

Vierteljahrsausweis

über die Einnahmen und Ausgaben des Kreises Freiburg für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1928 (gemäß § 15 der Verordnung des Reichsfinanzministers vom 23. Juni 1928).

A. Ordentlicher Haushalt.

Kassenrest aus dem Vorjahr	14 385 RM	
I. Einnahmen.		
1. Steuern	1 133 288	658 097
2. Sonstige Einnahmen:		
Allgemeine Verwaltung	41 534	13 224
Schulwesen	652 331	409 339
Tiefbauwesen (Straßen und Wege)	113 000	90 213
Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen	—	—
Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—
Übrige Verwaltungen	54 655	63 674
Einnahmen insgesamt	1 994 808	1 234 547
II. Ausgaben.		
1. Allgemeine Verwaltung	44 600	37 974
2. Schulwesen	108 900	77 200
3. Tiefbauwesen (Straßen und Wege)	1 110 045	779 570
4. Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen	372 380	250 532
5. Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—
6. Übrige Verwaltungen	258 630	192 790
Ausgaben insgesamt	1 894 555	1 338 066
Mehrausgabe	—	-103 519

B. Außerordentlicher Haushalt.

	Jahresoll (Haushaltoll + Rechnungsoll der Vorjahrreste)	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe vom 1.4.—31.12.28
I. Einnahmen.		
1. Schuldenaufnahme	—	41 400
2. Fondsentnahme	—	147 877
3. Sonstige Einnahmen	900	1 615
Einnahmen insgesamt	900	190 892
II. Ausgaben.		
1. Schuldentilgung	115 538	49 746
2. Fondsanlage	—	8 400
3. Sonstiges	—	41 400
Ausgaben insgesamt	115 538	99 546
Mehreinnahme	—	+ 91 346

A b s c h l u ß.

A. Ordentlicher Haushalt.
Aus dem Vorjahr . . . + 14 385 RM
Mehrausgaben in den Monaten April bis Dezember 1928 . . . - 103 519 RM
Bestand auf 31. Dezember 1928 . . . - 89 134 RM

B. Außerordentlicher Haushalt.
Mehreinnahmen in den Monaten April bis Dezember 1928 . . . + 91 346 RM
Bestand auf 31. Dezember 1928 . . . + 2 212 RM

Freiburg im Breisgau, den 18. Februar 1929.
Der Kreisrat Freiburg:
Dr. Kopp. D.589

Druck G. Braun, Karlsruhe

Strassenpflasterung.

Nach den Vorschriften der Reichsverbindungsordnung B.O.B. und nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen werden in öffentlicher Vergebung vergeben:

1. In 2 Losen die Pflasterbetriestellung für 3800 qm Pflaster bei Menschen und 12350 qm Pflaster in Kehl.
 2. In je einem Los die Lieferung von 640 Lb. m Granitsteinen 15/30 cm und 640 Lb. m Sandsteinsteine 15/20 cm auf die Pflasterstrecke bei Menschen, 3 in 2 Losen die Herstellung von 4500 qm Grob- und 7850 qm Kleinpflaster mit Sandlieferung in Kehl.
 4. Die freie Lieferung von etwa 150 cbm Walzschotter auf die Strecke bei Menschen und etwa 450 cbm auf jene in Kehl.
- Angebote mit Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrude, die beim Bauamt gegen Barvergütung von 1 RM erhältlich sind, wollen postfrei und mit der Aufschrift „Strassenpflasterung“ versehen bis spätestens Dienstag, 5. März 1929, vorm. 9 Uhr, an das Bauamt, bei dem die Pläne und Bedingungen auf Zimmer Nr. 7 zur Einficht aufzuliegen, eingereicht werden. Nach auswärts werden Pläne und Bedingungen nicht abgegeben.
- Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Achern, 18. Februar 1929.
Wasser- und Straßenbauamt.

Die Zimmer-, Wechne- und Schlosserarbeiten (Eisenkonstruktion) und Mißableitung für den Umbau des Aufnahmgebäudes in Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925 und nach der Verbandsverordnung für Bauleistungen vom Jahr 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauabteilung 2, Mannheim, 3. Stod, im Bestflügel des Aufnahmgebäudes, zur Einficht auf. Dasselbst Abgabe der Leistungszeichnisse. Angebote sind verschlossen, postfrei mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum Eröffnungstermin am Dienstag, den 5. März, d. J., 10 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Mannheim, 16. 2. 1929, Reichsbahnbauamt 2. D.587

Bruchsal, D.586
Güterrechtsregistereintrag Bd. III C. 98 Burg, Karl, Kaufmann in Bruchsal, und Elise geb.

Witz. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgenommen.
Bruchsal, den 15. Februar 1929.
Amtsgericht I.



Badisches Landestheater
Mittwoch, 20. Februar
Außer Miete
Gaftspiel des Stadttheaters Freiburg:
Die Herzogin von Chicago
Operette von Kaiman
Dirigert: Ueter
Regie: Orth
Mitwirkende:
Alfchauß, Eisner, Lauenroth, Biebertmann, Pierre, Weil, Born, Wunfel, van Duren, Himmighofen, Kallenberger, Martin, Meyer, Mandau, Kofee, van Santen, Schlatteer, Spandel, Spinner, Stammnig, Anfer, Beter
Anfang 19½, Ende n. 22½, Preise D (1—8 RM)

Do., 21. Febr.,
Kaihan der Weife,
Fr., 22. Febr., König Lear,
Sa., 23. Febr.,
Reinen aus Irland,
So., 24. Febr.,
Gaffmanns Erzählungen,
Mo., 25. Febr., König Lear,
in der Festhalle: 4. Volks-
konzert,
Die 26. Febr., Schneiderraps,
hierauf: Länge

Colosseum
Täglich 8 Uhr
REVUE
Die Welt ohne Schleier
Preisgekrönte
Frauensönheiten